Cornelia Künzel, Obernkirchen

An die
Präsidentin des Niedersächsischen Landtags
Frau Hanna Naber
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover

Petition an den Petitionsausschuss des Niedersächsischen Landtags

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

ich wende mich an Sie wegen eines Ausbildungs- und damit auch Berufsverbots, das ich vor fast fünfzig Jahren bekam, und dessen Folgen mich immer noch beeinträchtigen.

Während des Studiums der Germanistik und Sozialkunde in Göttingen schloss ich mich Anfang der 70er Jahre dem Kommunistischen Studentenbund an, der Hochschulorganisation des KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschland). Ende 1975 begann ich das Referendariat fürs Höhere Lehramt in Celle.

Am 27.8.1976 wurde eine Untersuchung gegen mich nach § 126 NBG eingeleitet. Vorgeworfen wurden mir enge Kontakte zum KBW, einer nicht verbotenen Partei, die im Zuge der Studentenbewegung entstanden ist und sich Anfang der 80er Jahre aufgelöst hat. In einem Protokoll, in dem meine Aktivitäten aufgelistet waren, ist nicht nur der Verkauf der Kommunistischen Volkszeitung sondern interessanterweise auch eine Unterschriftensammlung gegen den § 218 aufgeführt.

Am 6.9.1976 wurde mir dann die Amtsführung gemäß § 67 NBG aus „zwingenden dienstlichen Gründen“ verboten. Der Regierungspräsident von Lüneburg bezog sich dabei auf politische Programmatik des KBW sowie den Umstand, dass ich mit anderen Lehrern, Studienkollegen und Schülern (außerhalb der Schule) über die gegen mich eingeleitete Untersuchung gesprochen habe. „Ein geordneter Ausbildungs- und Schulbetrieb ist dadurch gefährdet,“ so der Regierungspräsident.

Von Seiten meiner Studienkolleg/innen, von Schüler/innen und der GEW erhielt ich viel Unterstützung durch Petitionen und eine Unterschriftensammlung, was jedoch letztendlich keinen Einfluss auf das Ergebnis des Verfahrens hatte.

Es fand ein Anhörungstermin statt, allerdings keine gerichtliche Prüfung der Begründung des Ausbildungsverbots. Mein Rechtsanwalt war leider der Ansicht, ich

hätte keine Chance, gerichtlich gegen das Verbot vorzugehen. Damals habe ich seiner Einschätzung vertraut und keine weiteren Schritte unternommen, was sich als schwerer Fehler herausstellte. Mein Fall war das erste Ausbildungsverbot im Referendariat in Niedersachsen, und in nachfolgenden Fällen haben Gerichte die Verweigerung der Ausbildung als unrechtmäßig verurteilt.

Mit Schreiben des Regierungspräsidenten vom 5.5.1977 erfolgte die Entlassung aus dem Beamtenverhältnis auf Probe. „Das durchgeführte Untersuchungsverfahren hat zweifelsfrei ergeben, daß Sie ein schwerwiegendes Dienstvergehen im Sinne von §85 Abs.1 NBG begangen haben. Dieses liegt darin, daß Sie schuldhaft fortwährend gegen den §61 Abs.2 NBG verstoßen haben, wonach der Beamte sich durch sein gesamtes Verhalten zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekennen und für deren Erhaltung eintreten muß.“

Offiziell ging es in dem Verfahren um Kontakte zu einer kommunistischen Organisation. Inoffiziell spielten meiner Ansicht nach Meinungsverschiedenheiten über schulische Fragen eine entscheidende Rolle für die Entschlossenheit, mit der die Entlassung vom Direktor des Gymnasiums betrieben wurde. Um nur ein Beispiel zu nennen: die Zensurengebung. Im Deutschunterricht einer achten Klasse hatte ich Erlebnisaufsätze mit Noten von 1 – 4 bewertet. Der Direktor forderte mich daraufhin auf, den Zensurenspiegel voll auszuschöpfen, also immer auch Fünfen oder Sechsen zu verteilen – unabhängig von der Qualität der Aufsätze.

Das Ausbildungsverbot hatte zur Folge, dass ich mich auch Anfang der 90er Jahre, als der Radikalenerlass durch Beschluss des Landes Niedersachsen aufgehoben wurde, nicht für den Schuldienst bewerben konnte. Denn das zweite Staatsexamen am Ende des Referendariats musste spätestens fünf Jahre nach dem ersten Staatsexamen abgelegt werden. Mein erstes Staatsexamen hatte ich jedoch bereits 1975 in Göttingen gemacht – also waren inzwischen 15 Jahre vergangen. Auch Versuche, an Privatschulen zu unterrichten, scheiterten an dem fehlenden zweiten Staatsexamen.

Mein weiteres Berufsleben: unterqualifizierte Arbeiten als Sekretärin, dann als Sozialpädagogin und Deutschlehrerin in Integrationskursen der Volkshochschule, größtenteils in prekären Arbeitsverhältnissen. Das Resultat ist eine geringe Rente von knapp 1000 Euro.

Der Niedersächsische Landtag hat bereits 2016 Betroffene von Berufsverboten moralisch/ethisch rehabilitiert. 2018 ließ er von Jutta Rübke einen ausführlichen Bericht zu dieser Thematik erstellen. Nach dieser langen Zeit erwarte ich endlich

- die Vorstellung und Diskussion des Berichts im Landtag und
- die Einrichtung eines Runden Tisches unter Beteiligung von Gewerkschaften und Betroffenen mit dem erklärten Ziel einer individuellen Rehabilitierung und materiellen Entschädigung.

Camelia Krel